

PRESSEMELDUNG

7. August 2018

MIT fordert Unternehmenssteuerreform

„Besteuerung zu hoch, zu kompliziert und mittelstandsfeindlich“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) drängt auf eine grundlegende Reform der Unternehmenssteuern in Deutschland. In einem Zehn-Punkte-Plan fordert die MIT, noch in der laufenden Legislaturperiode das Unternehmenssteuerrecht strukturell zu vereinfachen und Steuersätze zu senken.

Bei der Steuerlast etwa strebt die MIT einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von zehn Prozent an. Die gesamte Belastung soll inklusive Gewerbesteuer nicht höher als 25 Prozent liegen. „Bei der Unternehmensbesteuerung brauchen wir gleiche Bedingungen für internationale Konzerne und mittelständische Unternehmen“, sagt MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. „Große Konzerne wie Amazon müssen genauso ihren Steuern zahlen wie der Einzelhändler in der Innenstadt auch.“ Die aktuellen Steuersätze von mehr als 32 Prozent bei der Körperschaftsteuer und zum Teil über 50 Prozent bei der Einkommensteuer für Personengesellschaften seien ein massiver Standortnachteil.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der MIT-Steuerkommission, Sebastian Brehm, verweist darauf, dass auch andere Länder, etwa die USA, Frankreich und Großbritannien, die Unternehmenssteuern gesenkt haben. „Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland die höchsten Steuersätze der Industrieländer haben. Das benachteiligt deutsche Unternehmen im Wettbewerb und schreckt Investoren ab, hier zu investieren“, sagt Brehm. Ohne leistungsfähige Unternehmen sei kein Sozialstaat zu machen.

Weiterhin spricht sich die MIT gegen eine Sondersteuer für die digitale Wirtschaft, für eine Modifizierung der Gewerbesteuer als Zuschlagsteuer und eine Anpassung des steuerlichen Zinssatzes an die Niedrigzinsphase aus. Steuerliche Belastungen durch den Brexit sollen vermieden, die Verlustverrechnung erleichtert, Forschung und Digitalisierung steuerlich gefördert, Besteuerungsverfahren digitalisiert, das Konzernsteuerrecht modernisiert und die Hinzurechnung von Auslandseinkünften neu geregelt werden. Der Solidaritätszuschlag soll bis 2021 vollständig abgeschafft werden.

Linnemann: „Die Besteuerung für Unternehmen ist in Deutschland zu hoch, zu kompliziert, mittelstandsfeindlich und nicht mehr zeitgemäß.“ Das Steuersystem verhindere Investitionen und führe deshalb zu weniger Steuereinnahmen.

Der 10-Punkte-Plan ist online abrufbar unter: www.mit-bund.de/beschluesse

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT) ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17
struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de